

Angeblieh war Vellingfors bei der Besetzung des Landtages ruhig. Nach Barlter Depeschen ist es jedoch bereits zu blutigen Zusammenstößen gekommen.

Am Morgen vor der Besetzung des Landtagsgebäudes richtete der Generalgouverneur einen offenen Brief an den Landtagspräsidenten Manner. Er sagt darin, daß der Zusammentritt des Landtags nach der Landtagsordnung keinen offiziellen Charakter besitzen werde, daß er aber nichtsdestoweniger eine Herabforderung der provisorischen Regierung bedeute. Ferner erinnert er an seine wiederholten Mahnungen, daß die provisorische Regierung einen derartigen Zusammentritt des Landtags nicht zulassen werde. Folglich werde die ganze Verantwortung für die Folgen auf Manner fallen, weil er seine früheren Kollegen zum offenen Kampfe gegen die provisorische Regierung aufgefordert habe.

Die finnischen Sozialdemokraten, die die Mehrheit im Landtage haben und die also die Kraftprobe mit Petersburg wollten, müssen nun den Beweis liefern, ob sie gewillt und stark genug sind, mit Kerenski den Wassengang zu wagen. Nebenfalls darf man der weiteren Entwicklung der Dinge mit Spannung entgegensehen.

Kleine Kriegspost.

Berlin, 30. Aug. Der Kaiser stiftete dem Generalfeldmarschall v. Hindenburg einen Besuch ab, um ihn zum Jahrestage der Schlacht von Tannenberg zu beglückwünschen.

Berlin, 30. Aug. Der japanische Ministerat demontiert in einer amtlichen Note in bestimmter Form die Absicht, japanische Truppen nach Europa zu entsenden.

Genf, 30. Aug. Nach „Echo de Paris“ beschäftigt sich der Kongress mit der Hauptfrage, nämlich der Übertragung der Militärdiktatur an Kornilow einschließlich der Verdrängung aller Vobolintzen.

Amsterd., 30. Aug. Kanada hat wegen der anti-englischen Propaganda unter den Soldaten vorläufig seine Truppentransporte eingestellt.

London, 30. Aug. Die italienische Presse veröffentlicht eine Warnung vor übertriebenen Siegesgerüchten, die nur Enttäuschung und Mißstimmung im Volke erwecken können.

Washington, 30. Aug. Die Kriegsgewinnsteuer ist von 26 auf 33 % erhöht worden. Damit wird der Ertrag auf über 4 Milliarden Mark gebracht.

Hauptauschuß des Reichstages.

(8. Sitzung.)

Berlin, 28. August.

Es besteht die Absicht, den Hauptauschuß bis zum September zu verlagern, falls der vorliegende Stoff in der heutigen Sitzung erledigt wird. Auf der Tagesordnung stehen die Zensur, das Versammlungsrecht und der Belagerungszustand. Von den Abgg. Brinz zu Schoenaich-Carolath (natl.), Erberger (Centr.), v. Bayer (Soz.) und Scheidemann (Soz.) liegt ein Antrag vor, der den Reichskanzler ersucht, dahin zu wirken, daß

die politische Zensur

alsbald beseitigt wird. Ferner beantragen die Sozialdemokraten wie schon früher so auch diesmal die Aufhebung des Belagerungszustandes.

Ein fortschrittlicher Abgeordneter fragt, nachdem er auf mehrere Einzelfälle eingegangen ist, was die Regierung zu tun gedenke, um den Beschwerden abzuhelfen.

Der unabhängige Sozialdemokrat Dittmann bringt nach heftiger Kritik einen Antrag ein, der die sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes und die Wiederherstellung der Freiheit der Presse, sowie des uneingeschränkten Vereins- und Versammlungsrechtes verlangt.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers Dr. Helfferich erwidert dem Abg. Dittmann, nach dem Kanzlerwechsel hätten die feindlichen Zeitungen die Behauptung verbreitet, der neue Reichskanzler sei nur ein Werkzeug der Militärdiktatur. Der gegen unser Land gerichtete Zweck solcher Ausstreunungen sei für jedermann klar. Er helle fest, daß der Abg. Dittmann es für richtig gehalten habe, die gleiche Behauptung hier im Hauptauschuß des Reichstages aufzustellen, offenbar zu dem Zweck, sie draußen im Lande zu verbreiten, womit er wieder einmal die Geschäfte unserer Feinde besorge. Die Persönlichkeit des Reichskanzlers liege wohl für den ganzen Auschuß zu hoch über solchen Angriffen, als daß er als Vertreter des Reichskanzlers sie gegenüber dem Abg. Dittmann zu verteidigen brauche.

Ein Antrag, von Nationalliberalen, Zentrumsmittgliedern, Volksparteilern und Sozialdemokraten unterzeichnet, fordert die Aufhebung der Bundesratsverordnung über die Veranlassung von Lichtspielen. Die Abgg. Seine (Soz.), Dove (Soz.) und Erberger (Centr.) reichen einen Antrag ein über die

Handhabung der Zensur,

wonach die Befugnisse der Militärbehörden auf Tatsachen der Kriegführung und deren Kritik beschränkt werden soll, soweit militärische Unternehmungen dadurch beeinträchtigt werden könnten. Die Erörterung der Kriegs- und Friedensziele, von Verfassungsfragen und Angelegenheiten der inneren Politik unterliegt nicht der Zensur. Verbote von Zeitungen und Zeitschriften dürfen nur aus Gründen der Gefährdung militärischer Unternehmungen und nur mit Zustimmung des Reichskanzlers und nach Anhörung des Herausgebers über die Gründe des beabsichtigten Verbotes erfolgen.

Ein sozialdemokratischer Abgeordneter spricht für den Antrag, wonach zum erstenmal nach Eintritt seines Amtes der neue

Staatssekretär Dr. Baßraf

das Wort nimmt. Es gälte zu entscheiden, wie weit die ungewöhnlichen Umstände eine Beschränkung der bürgerlichen Freiheiten erforderlich machten. Gegen den Vorwurf der Rücksichtslosigkeit lege die Regierung Verantwortung ein. Im Mai wurde im Reichstag der Antrag, den Belagerungszustand aufzuheben, abgelehnt. Seitdem habe sich nichts geändert, der Antrag müßte wieder abgelehnt werden. Eine Milderung der Zensur werde erwogen werden, jedoch müsse man vorsichtig sein, die Presse könne keine Ausnahmestellung beanspruchen.

Nach weiterer Auseinandersetzung, wobei auch erwähnt wurde, daß in Nordhaußen zwei Zeitungen auf eigenen Wunsch anammengestellt worden seien, wurden die Anträge der Sozialdemokraten und Unabhängigen Sozialdemokraten auf Beseitigung des Belagerungszustandes abgelehnt, dagegen der Antrag auf Beseitigung der politischen Zensur, auf Aufhebung der Verordnung über die Lichtspiele und der Antrag Seine-Dove-Erberger angenommen.

Der Auschuß hatte damit sein Arbeitpensum aufgearbeitet. Die nächste Sitzung des Auschusses soll Donnerstag den 27. September stattfinden.

Vom Tage.

England erregt dem U-Boot-Krieg.

In der Stockholmer „Nya Dagligt Allehanda“ behandelt ein Marinefachmann den U-Boot-Krieg und kommt zu dem Ergebnis, daß der der Entente zur Verfügung stehende Frachtraum, der zu Anfang des Krieges 18 Millionen Tonnenn betrug, bei der jetzigen Wirksamkeit der deutschen U-Boote am 1. Januar auf 13 000 000 Tonnenn herabgesunken sein werde. In diesem Zusammenhang schlägt er seine Untersuchung mit den Worten: Sowieviel kann man als sicher annehmen, daß, falls kein Ereignis eintritt, das die Wirkungen des U-Boot-Krieges neutralisiert, die Entente früher oder später auf die Ante gewonnen sein wird. — Diese läbliche sachmännische Be-

Nun ist es Zeit zu machen,
eh Deutschlands Freiheit stirbt
in dem weiten Norden
des Krokobils verdirbt.
Herbei, daß man die Kröten,
die unsern Rhein betreten,
mit aller Macht zurücke
zur Sonn' und Seine schiebt!

Hans Ahmann von Abfahg. 1704.

trachtung klingt wesentlich anders, als Lord Georges ruhmvollere Grohm-Lobigkeit.

Wie man unweicame Leute behandelt.

Aus Kopenhagen wird berichtet, daß dort dem mexikanischen Gesandtschafts-Attache in Berlin, Dr. Krumm-Heller, von den Allierten die Rüsse zur Überfahrt in seine Heimat verweigert worden sind. Die Sache wird zurückgeführt auf die Verdrängung eines Wertes aus seiner Feder, Freiheit und Recht, in dem er seine Deutschfreundlichkeit bezeugt und tun soll. — Wenn jemand seiner Überzeugung Ausdruck verleiht, so ist das für die Freiheits- und rechtsbegehrten Ententebrüder allerdings ein schlimmes Verbrechen.

Schlechte Ernteausichten in England.

In der „Times“ stimmt der landwirtschaftliche Mitarbeiter ein Klageged über die Ernte an. Es sei keine Zeit zu sparen. Der Schaden, sagt er, den die schweren Regengüsse von Anfang August angerichtet haben, ist wieder gut gemacht worden. Der Regen hielt die ganze Zeit über im ganzen Lande an, so daß die Feldfrüchte Boden liegen, und das Wähen und Eindringen verzögert wird. Durch den Sturm der letzten Tage wurde die Lage außerordentlich verschlechtert. Die Ernte wird sehr ungünstig. Es ist ein Glück, daß die Ausichten in Amerika und Kanada besser sind. — Dieser Trost ist eine echt englische Heuchelei, denn man weiß ja, daß die kanadischen amerikanischen Ernteberichte wenig hoffnungsvoll lauten.

Der belogene Zar.

In dem Prozesse gegen den früheren Kriegsminister Suchomlinow, der unter der Anklage steht, die russische Landesverteidigung vernachlässigt zu haben, kamen u. a. auch die Ereignisse zur Sprache, die sich unmittelbar vor dem Kriegsausbruch abspielten. Danach hatte der Zar dem Staatschef Januschewitsch erklärt, er habe von Kaiser Wilhelm die Zusage, daß die deutsch-russischen Beziehungen ungeändert blieben, wenn die angebotene Mobilisierung rückgängig gemacht würde. Januschewitsch erklärte, eine solche Maßnahme müsse zur Katastrophe führen. Gleichwohl wandte sich der Zar noch einmal in der Nacht zum 30. Juli telephonisch an Suchomlinow mit dem Befehl, die Mobilisierung zu inhibieren. Da lag Suchomlinow im Einverständnis mit dem Minister des Innern Salomow den Zaren an, indem er sagte, es werde nur in den Südkaspienbezirken (also gegen Mexiko) mobilisiert. Es kam dann noch zur Sprache, daß Januschewitsch, als er schon die Order zur Gesamtmobilisation in der Tasche hatte, dem deutschen Militärattache sein Ehrenwort gegeben habe, die Mobilisation sei nicht angeordnet. — Damit ist die Schurkerei der russischen Kriegsheer gerichtsnotorisch!

Für die Internationale.

Die vom 27. bis 29. August in Stockholm abgehaltene Versammlung der skandinavischen Transportarbeiter konnte in einer Entschliessung die Notwendigkeit, die internationalen Verbindungen wieder anzuknüpfen, die die Versammlung sprach entscheidende Mißbilligung der Barole der in England abgehaltenen Tagung der Seelente aus, die die Bildung einer neuen internationalen Organisation unter Ausschluß der Mittelmächte fordert. — England muß sich immer häufiger überzeugen, daß Deutschland und seine Verbündeten nicht aus dem internationalen Völkergesetz ausgeschlossen werden können.

Wie man die Ukrainer stützt.

Selbstbestimmungsrecht und Freiheit der kleinen Nationen, das sind Worte, mit denen einstmals auch die russischen Umwälzungsmänner arbeiteten. Aber auch dem Sprachschatz der jetzigen Gewalthaber Kerenski und Korniloff sind diese Begriffe verschwunden. Ein durchgreifendes Mittel um die Selbstbestimmungsgefühle der Ukrainer niederzudrücken, hat sich der jetzige Oberkommandierende der russischen Armee General Korniloff ausgedacht. Er hat die Einberufung aller Mitglieder des ukrainischen Arbeiter- und Soldatenrats beschlossen, die nach seiner Ansicht noch immer militärpflichtig sind. Wenn erst einmal alle Finnländer, Ukrainer, Kasakoff und sonstigen unterjochten Völkern, alle Maximalisten und Friedensfreunde in den Schützengraben gesteckt sind, dann steht dem Schredensregiment der neuen Tyrannen in Petersburg nichts mehr im Wege.

Britische Rücksichtslosigkeit.

Die englische Gewohnheit, auf neutralem Boden Krieg zu führen, ist der Welt nachgerade so vertraut geworden, daß die in kurzer Zeit sich folgenden neuen Fälle kaum noch Erstaunen wachrufen. Vor kurzem wurde der Hamburger Dampfer „Briegig“ auf holländischem Hoheitsgebiet von den Engländern geraubt. Die Ladung bestand in Kohlen für Skandinavien. Ungeachtet dieser Bestimmung für Neutrale eignete England sich die Kohlen an und sandte sie nach Frankreich.

In Skandinavien ist die Kohlennot fast größer wie anderswo. Wenn sie dadurch noch schlimmer wird, daß England ohne jedes Recht auf neutralem Boden skandinavische Kohlen wegnimmt, so können die Nordländer sich bei den britischen Freunden bedanken.

Ein Weltbund für England.

Der vielgenannte und vielgewandte Sir Edward Carson will jetzt seinen samolen Gedanken, daß vor Beginn der Friedensverhandlungen Deutschland seine Truppen über den Rhein zurücknehmen müsse, der ganzen Welt eindringlich verkünden. In diesem Zweck wird er im Auftrage der britischen Regierung eine Propagandareise durch die neutralen und die England verbündeten Länder machen. — Einen besseren Verkünder der englischen Weltbeglädung der Neutralen konnte Lord George nicht finden, als den „Mittermann“, der in seiner Heimat sich den Beinamen der „Blutige“ erworben hat.

Der neue Leiter des Kriegsamts.

Generalmajor von Schuch.

Die Auseinandersetzungen über den Wechsel in der obersten Leitung des Kriegsamtes gehen noch immer fort.

Am November 1916 trat der jetzt an die Spitze einer Division berufene General Gröner an die Spitze des kurz vorher gegründeten Kriegs-

amtes, das die Organisation des im Reichstag beschlossenen Hilfsdienstgesetzes übernahm. Damit wurde eine neue Waffe geschaffen zu machtvollen Widerstand des deutschen Volkes gegen die auf seine Vernichtung sinnenden und von allen Seiten herandrängenden Feinde. General Gröner kam von einer technischen Truppe, vom Feldbahnweiser, um dessen Einrichtung er sich hervorragende Verdienste erworben hatte. Jetzt ist er in den aktiven Dienst zurückgekehrt und seinem Nachfolger bleibt die Aufgabe, das begonnene Werk fortzuführen und auszubauen. Generalmajor Schuch, den das Vertrauen des obersten Kriegsherrn in die verantwortungsvolle Stellung berief, ist geborener Elfmacher. Es geht ihm der Ruf eines ausgezeichneten Soldaten und geschulten Organisations vorauf.



Edward Grey †.

Nach dem englischen Volku-Bericht ist General am 29. August, der frühere englische Staatssekretär des Auswärtigen Sir Edward Grey gestorben.

Der ehemalige englische Staatssekretär des Auswärtigen, Edward Grey, der schon vor Monaten so schwer erkrankt war, daß man im Lande mit seinem Ableben rechnete, ist jetzt, fast erblindet, gestorben. Mit ihm scheidet eine Persönlichkeit aus dem Leben, die in der Vorgeschichte dieses Krieges eine hervorragende und verhängnisvolle Rolle gespielt hat. In den Jahren 1892 bis 1896 in den Kabinetten Gladstone und Rosebery, Unterstaatssekretär des Auswärtigen, hatte er Gelegenheit, die politische und wirtschaftliche Weltlage kennenzulernen. Als dann König Edward VII. zur Regierung kam, fand der königliche Kaufmann in ihm ein willkürliches Werkzeug für seine gegen Deutschland gerichteten Einkreisungspläne. Mit Recht schrieb beim Ausbruch des Weltkrieges, unmittelbar nachdem England den Krieg erklärt hatte, die „Westminster Gazette“, daß Grey der Vollstrecker des politischen Testaments König Eduards sei. Obwohl seine Haltung gegen Deutschland immer korrekt, ja sogar wohlwollend war, so ist er doch die treibende Kraft in der Entente gewesen. Seine immer zweideutige Haltung verstärkte Frankreich in seiner Kernschmelze, und Deutschland in seinen Ausbreitungsplänen. Ob seine Versuche, die beständig drohende Kriegsfahrt einzudämmen und eine Verständigung mit Deutschland anzubahnen, auch nur halbwegs ehrlich gemeint waren, ist die Frage. Bei der verhängnisvollen Zustimmung der Lage unmittelbar vor dem Krieg hat das Verhalten Greys nicht wenig dazu beigetragen, den Kriegswillen Frankreichs und Englands zu befestigen, ganz abgesehen davon, daß unter seiner Leitung die englisch-belgischen Vereinbarungen getroffen wurden, die notwendigerweise Belgiens Neutralität als heilig erkläre lassen mußten.

Als dann die russische Mobilisierung erfolgte, gab er dem französischen Gesandten die Zusicherung, daß England auf Seiten Frankreichs stehen werde. Damit war das Verhängnis besiegelt. Der deutsche Einmarsch in Belgien bot ihm dann den erwünschten Vorwand zur englischen Kriegserklärung an Deutschland. Von da ab zählte Grey zu unseren erbittertesten Feinden, der unablässig bemüht war, das Kriegstheater zu erweitern und neue Völker und Staaten gegen uns aufzubringen. Im Dezember 1914 trat er zurück, angeblich, weil ein schweres Augenleiden ihn zwang. Der Hauptgrund aber war wohl, daß man in England mit seinen Erfolgen nicht zufrieden war, weil entgegen seiner Voraussage, sich die Kriegslage der Entente immer schwieriger gestaltete. Grey ist tot, aber sein Testament wird in England vollstreckt. Grey, der bei seinem Rücktritt den Titel Viscount erhielt, ist nur 65 Jahre alt geworden.

Djemal Pascha.

Besuch im Großen Hauptquartier.

Der türkische Marineminister Djemal Pascha, einer der hervorragendsten Persönlichkeiten der neuen Türkei, ist zum Kaiser ins Große Hauptquartier geladen worden.



Generalleutnant Kamel Djemal Pascha, der zugleich Chef der 4. osmanischen Armee (Syrien und Palästina) ist, wollte auf seiner Reise an die Westfront kurze Zeit in Berlin. Hier hatte der Minister, der in der türkischen Botschaft abgestiegen war, wo ein Festmahl stattfand, auch Gelegenheit mit dem Reichskanzler Dr. Michaelis und mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Dr. v. Kühlmann zu sprechen. Über die Kriegslage sprach sich Generalleutnant Djemal Pascha hier durchaus befriedigt aus. Er habe von jeher unerschütterliches Vertrauen in den Endsteg der Mittelmächte gehabt und werde es niemals verlieren, besonders zu einer Zeit, wo unsere Waffen überall siegreich sind. Interessante Angaben machte der türkische Minister über die zeitweilig notwendig gewordene Räumung Jassas. Es handelt sich dabei um etwa 40 000 Menschen, die ins Hinterland geschafft werden mußten. Wie lange die Entfernung der Abgewanderten von Jassas und der Rüste dauern wird, muß vom Verlauf der kriegerischen Ereignisse abhängig gemacht werden. Djemal Pascha ist zu seinem Empfang in Deutschland erfreut und hat sofort beim Überschreiten der Grenze überall